

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Vielfalt und Integration

Sitzung: Mittwoch, 03.12.2025, 16:00 Uhr

Raum, Ort: BraWoPark Business Center III - Konferenzräume 2-4, Willy-Brandt-Platz
13, 38102 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung eines respektvollen und gewaltfreien Miteinanders sowie zur Rassismusprävention in Braunschweig
3. Mündliche Mitteilungen
4. Anträge
- 4.1. Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel
- 4.1.1. Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel
5. Anfragen

25-26985

Braunschweig, den 26. November 2025

Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt / Fraktion BIBS im Rat der Stadt

25-26985
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.11.2025

Beratungsfolge:

		Status
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	02.12.2025	N
Ausschuss für Vielfalt und Integration (Vorberatung)	03.12.2025	Ö
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	09.12.2025	Ö

Beschlussvorschlag:

(1) Die Stadt Braunschweig schließt sich der Initiative der Städte Hannover, Bremen, Düsseldorf, Leipzig, Bonn, Frankfurt und Kiel an und fordert den Bundesinnenminister auf, die Möglichkeit der Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus dem Gaza-Streifen und Israel erneut zu prüfen.

(2) Die Stadt Braunschweig erklärt sich grundsätzlich zur Aufnahme von hilfsbedürftigen Kindern aus dem Gaza-Streifen und Israel bereit.

Sachverhalt:

Wie die Braunschweiger Zeitung vom 22.10.2025 berichtete, hat sich eine Initiative zur Aufnahme hilfsbedürftiger palästinensischer und israelischer Kinder gebildet, die im Juli in Hannover durch OB Belit Onay (Bündnis 90/Die Grünen), Yazid Shammout von der palästinensischen Gemeinde Hannover und dem Antisemitismusbeauftragten Gerhard Wegner vorgestellt wurde. Hannover hatte angeboten, 20 kranke oder verletzte Kinder aus dem Gaza-Streifen und Israel aufzunehmen.

Neben Hannover haben sich auch Bremen, Düsseldorf, Leipzig, Bonn, Frankfurt und Kiel der Initiative angeschlossen, Heidelberg und Hamburg würden ebenfalls Kinder aufnehmen. Auch die evangelischen Kirchen in Niedersachsen unterstützen die Initiative.

Das Anliegen der Städte wurde zunächst vom Bundesinnenministerium abgelehnt, findet jedoch ständig weitere Unterstützung. In einem Brief an den Bundesinnenminister, den Bundeskanzler und den Vizkanzler heißt es gemäß STERN (30.10.): "Die Absage ist für uns enttäuschend und nicht nachvollziehbar, denn sie nimmt vielen verletzten und schwer traumatisierten Kindern aus Nahost die Möglichkeit, professionelle Hilfe in hiesigen Kliniken zu erhalten." Die Verfasser drängen darauf, den Weg für die Aufnahme frei zu machen. Die Absage sei "zutiefst inhuman". Unterzeichner sind neben Onay, Wegner und Shammout u. a. der Hannoveraner Regionspräsident Steffen Krach (SPD) und der Präsident des Landesverbands Jüdischer Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst. Krach sagte laut STERN: "Wenn es der Schweiz, Spanien oder Italien gelingt, Kinder aufzunehmen, dann kann Deutschland das ebenso leisten – wenn der Wille dafür vorhanden ist."

Italien und Spanien hatten bereits im Sommer schwer verletzte, kranke oder lebensbedrohlich unterernährte Kinder und ihre Begleitpersonen aufgenommen, die Schweiz im Oktober. Die Kinder waren zuvor durch Hilfsorganisationen aus dem Gaza-Streifen oder Israel in Nachbarländer evakuiert worden.

Gemäß WHO warten Tausende Kinder in Gaza auf eine Evakuierung und medizinische Behandlung. Je mehr Städte sich der Initiative anschließen, desto größer wird die Hoffnung, dass ihnen doch noch Hilfe zuteil werden kann.

Braunschweig ist eine leistungsfähige Großstadt, die über ein sehr gut ausgestattetes Klinikum in kommunaler Hand verfügt und damit die besten Voraussetzungen bietet, kranken oder verletzten Kindern zu helfen.

Anlagen:

keine

Betreff:

Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel

Organisationseinheit:
Dezernat V
0500 Sozialreferat

Datum:
01.12.2025

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	02.12.2025	N
Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Kenntnis)	03.12.2025	Ö
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	09.12.2025	Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag der Gruppe Die FRAKTION - DIE LINKE., Volt und Die PARTEI sowie der Fraktion BIBS im Rat der Stadt Braunschweig vom 20.11.2025 [DS 25-26985] nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Im Antwortschreiben des Bundesministeriums des Inneren vom 17. Oktober 2025, auf das der Antrag Bezug nimmt, wird erläutert, dass die Bundesregierung in den vergangenen Monaten die Initiative mehrerer Städte zur Evakuierung von verletzten und kranken Kindern aus Gaza mit dem Ziel der medizinischen Behandlung in Deutschland intensiv geprüft habe.

Das Ergebnis dieser Prüfung, die festgestellt habe, dass die Situation im Gaza-Streifen weiter sehr unübersichtlich und nicht berechenbar sei, bestätigt sich aktuell weiter. Denn trotz bestehender Waffenruhe seit dem 10. Oktober kommt es immer wieder zu gewaltsamen Zwischenfällen. Beide Seiten werfen sich gegenseitig Verstöße gegen die Vereinbarung vor. Im Hauptfokus des Innenministeriums stehe daher aktuell die Ausweitung der medizinischen Hilfe vor Ort und in regionaler Nähe.

Wie im Anschreiben erläutert, würden sich mit der Ausreise von Kindern zu einer Behandlung in Deutschland aus diesem Gebiet aufwändige Verfahren anschließen. Dafür seien die aktuellen Verfahren (Kleeblattverfahren) nicht geeignet. Geklärt werden müssten u.a. sicherheitsrechtliche Fragen, die Kostentragung und auch realistische Rückkehroptionen. Dies zeigten bereits die seit Anfang des Jahres durch die Bundesregierung durchgeführten Ausreiseunterstützungen für deutsche Staatsangehörige und ihrer drittstaatsangehörigen Familienmitglieder.

Während des Prüfungsverfahrens der Bundesregierung und nach Vorlage des Ergebnisses, hat sich die Stadt Braunschweig sowohl mit anderen Kommunen als auch mit dem Deutschen Städtetag ausgetauscht, um mögliche politische wie administrative Dimensionen einer Aufnahme zu beleuchten.

Soweit es zukünftig zu einer Aufnahme von verletzten und kranken Kindern aus Gaza durch die Bundesrepublik Deutschland kommen sollte, ist die Stadt Braunschweig selbstverständlich bereit, im Rahmen der rechtlich geregelten Verteilungsverfahren ebenfalls Kinder aufzunehmen. Im Kontext des sogenannten Kleeblattverfahrens ist das Städtische Klinikum Braunschweig involviert und hat durch diverse Fälle aus der Vergangenheit bereits Erfahrungen, z. B. mit Kriegsversehrten aus der Ukraine gesammelt.

Für weitere Informationen zum Kleeblattverfahren kann hierbei auf das Bundesministerium des Inneren verwiesen werden, das das Verfahren ausführlich auf seiner Homepage beschreibt.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

keine

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt / Gruppe Die FRAKTION.
BS im Rat der Stadt / Fraktion BIBS im
Rat der Stadt**

TOP 4.1.2

25-26985-02
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel
Antrag zur Vorlage 25-26985**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

02.12.2025

Beratungsfolge:

		Status
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	02.12.2025	N
Ausschuss für Vielfalt und Integration (Vorberatung)	03.12.2025	Ö
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	09.12.2025	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag des Ursprungsantrags 25-26985 wird unter (1) und (2) folgendermaßen ergänzt:

(1) Die Stadt Braunschweig schließt sich der Initiative der Städte Hannover, Bremen, Düsseldorf, Leipzig, Bonn, Frankfurt und Kiel an und fordert den Bundesinnenminister auf, die Möglichkeit der Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus dem Gaza-Streifen, Israel **und weiteren Kriegsgebieten** erneut zu prüfen.

(2) Die Stadt Braunschweig erklärt sich grundsätzlich zur Aufnahme von hilfsbedürftigen Kindern aus dem Gaza-Streifen, Israel **und weiteren Kriegsgebieten** bereit.

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen:

keine